

## Abchied vom Rathhause.

Die christlichsoziale Herrschaft im Wiener Gemeinderat ist zu Ende, und in wenigen Tagen wird sich die neue sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindeverwaltung hauptsächlich einrichten. Damit findet ein inhalt- und lehrreicher Abschnitt der Wiener Stadtgeschichte seinen Abschluß. Vielerlei Umstände, die Gunst der Verhältnisse, aber auch die zielstrebende Parteiliebe hatten zusammengewirkt, um die Christlichsozialen in den Sattel zu heben. Die Sünden der Gründer-epoche waren noch in frischer Erinnerung und hatten die Stimmung des Volkes von Wien wesentlich zuungunsten der altliberalen Partei beeinflusst. Dazu kam, daß in dieser ein erstarrtes Bonzentum herrschte, das nicht nur nicht auf die Verjüngung der Partei durch neue Kräfte bedacht war, sondern jedes Aufkommen junger Begabungen eifersüchtig abwehrte und die politische Jugend fast gewaltsam dahin trieb, außerhalb des altliberalen Kreises einen Boden der Betätigung zu suchen. Dem Regime Taaffe war die Kleinbürgerliche Bewegung, die zu Ende der siebziger Jahre einsetzte, ein willkommenes Mittel, um die bis dahin herrschende liberale Partei zu entthronen, und Taaffe fand hierbei die Zustimmung der Hofreise, die den

Liberalen wegen der Opposition gegen das Wehrgesetz sowie gegen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina ungnädig gesinnt waren.

Die Kleinbürgerliche Bewegung wurde meisterhaft inszeniert: Freiherr v. Boglsang und Robert Meyer lieferten die wissenschaftliche Grundlegung, Richard Belcredi schuf mit der Gewerbeform den gesetgeberischen Erfolg, der Mechaniker Schneider, Gregorig und eine ganze Reihe von Vorstadtdemagogen wußten die Rettung des kleinen Mannes mit der antisemitischen Strömung zu verbinden, die aus Deutschland, aus dem Kreise der Stöcker und Ahlwardt, herübergegriffen hatte. Zuletzt fand sich in Karl Lueger das glänzende agitatorische Talent. Er brachte alles, was den Wiener Neigungen entgegenkam, er war der schöne Mann, der bedenkenlos, um einen Schlagler und einen Witz niemals verlegene Redner, der die Sprache des kleinen Mannes beherrschte und den Weg zu den Herzen fand; besonders erfolgreich wußte er die Abwehrstimmung gegen die Uebergriffe Ungarns auszuwerten. Allen diesen Kräften stand die altliberale Partei völlig hilflos gegenüber. Gewohnt, auf die blinde Gefolgschaft ihrer Wähler zu rechnen und die Mandate in kleinen Konventikeln zu verteilen, aufgewachsen im bequemsten politischen Geschäftsbetriebe, fand sie keinen Anschluß an die neuen demokratischen Methoden und wurde von der christlichsozialen Partei fast mit einem einzigen Stiebe niedergestreckt.

Unter Badenis vollzog sich nach kurzem Widerstreben des Kaisers und der Regierung, die namentlich den Stimmungen in Ungarn Rechnung tragen wollten, die Besitzergreifung der Gemeindeherrschaft durch die christlichsoziale Partei. Es erwies sich bald, daß Karl Lueger mehr war als ein geschickter Demagog. Er war in seiner Art und nach dem Maßstabe seiner Zeit gemessen ein Verwaltungstalent, ein Reformers voll Tatendrang und nicht ohne Großzügigkeit. Den Gedanken der Sozialisierung griff er frühzeitig auf und verwirklichte ihn dort, wo er am meisten naturgemäß ist und den geringsten Einwänden begegnet: auf dem Gebiete der Kommunalverwaltung. Die Verstädtlichung und Elektrifizierung des Straßenbahnnetzes, die Schaffung eines städtischen Gaswerkes und eines städtischen Elektrizitätswerkes konnten in Einzelheiten ihrer Durchführung angefochten werden, es waren aber schöpferische Taten aus einem Guß und geleitet von einem großen Gedanken, der sich seither in der Verwaltung zahlloser Stadtgemeinden siegreich durchgerungen hat. Unvergessen bleibt Luegers schöne Liebe zur Natur. Er wollte verhindern, daß Wien eine graue Steinwüste werde, er hat die Stadt mit einer ganzen Reihe prächtiger Gartenanlagen geziert, die einen Hauch von erquickendem Duft und erfrischender Kühle in das Häusermeer zaubern, er hat sich für den Schutz des Waldes eingesetzt und den bedeutenden Plan der Waldhochstraße erdacht, die Wien in weitem Bogen vom Leopoldsberge bis zum Lainzer Tiergarten umschließen und die Grundlage einer großartigen Villenkolonie bilden sollte. Weitausgreifend waren seine wirtschaftlichen Absichten; er erkannte zuerst die Notwendigkeit, daß Wien der Donau näherrücke, daß dieser Verkehrsweg nicht an der Peripherie, sondern inmitten der Stadt verlaufe. Dieser Erkenntnis entsprang die letzte Stadterweiterung, die die Bezirke am linken Ufer des Stromes angliederte und die ersten Voraussetzungen für einen großen Donauhafen und Umschlagplatz im Anschlusse an das geplante Wasserstraßennetz schuf.

Die Kommunalpolitik Luegers und seiner Partei fand jedoch ihre Schranken an den Rücksichten der Wahlpolitik. Dringende Reformen wurden unterlassen, um das Wohlwollen dieser oder jener Wählerklasse nicht in Frage zu stellen. Darum hat die christlichsoziale Stadtverwaltung vor allem auf dem Gebiete der Wohnungspolitik versagt, denn die Partei, die als Kleinbürgerliche begonnen hatte, war allmählich gezwungen, auch auf die gute Meinung anderer Schichten Bedacht zu nehmen, das Wahlkörpersystem brachte es mit sich, daß sie hier auf die Hausherren, dort auf die Beamten, dann wieder auf die kleinen Handwerker und Händler blickte und darum vieles unterließ, was hier oder dort Anstoß erregen konnte. Die Entwicklung in der

Richtung eines gesunden Municipalsozialismus stockte, der Weg wurde nicht weiter verfolgt, obwohl gerade hier der Boden ist, wo sich der Gedanke der Gemeinwirtschaft mit dem größten Erfolge und unter den geringsten Widerständen verwirklichen ließe. Das Wohnungswesen im Zusammenhange mit dem Ausbau der städtischen Verkehrseinrichtungen, die Fürsorge für billige und gute Ernährung, vielleicht auch die Ausdehnung der Gemeinwirtschaft auf Bekleidungs- und Bekleidungsgegenstände für die breiten Schichten der Bevölkerung — all das ist die christlichsoziale Partei schuldig geblieben, und hier hat sie ihren Nachfolgern ein noch unbebautes weites Betätigungsfeld hinterlassen.

Fast ein Vierteljahrhundert hat die christlichsoziale Herrschaft im Wiener Rathhause gewährt. Sie teilt jetzt das Schicksal jeglicher Parteiherrschaft, sich zu überleben und sozusagen unter der Last der Jahre zusammenzubrechen. Ueberdies hat die Demokratisierung des Gemeinwahlrechtes den Einfluß der Sozialdemokratie gestärkt, die von Anfang an in einem organischen Gegensatze zur christlichsozialen Bürgerpartei stand. Der Krieg mit seinen Leiden und die nicht minder grausamen Enttäuschungen der Nachkriegszeit haben das Züribe beigetragen, die Stimmungen der Massen zu verschärfen, die sich überall selbstverständlich gegen die bisherigen Machthaber, auch gegen die Kommunalen, wendete. So scheidet nun die christlichsoziale Partei von der Macht in der Gemeindevertretung und bezieht die Stellung der Opposition. Vielleicht wird ihr das oppositionelle Stahlbad wohlbekommen, und die Aussicht hierfür ist umso besser, je ernster und gründlicher ihre Kontrolle an der neuen Gemeindeverwaltung, je gegenständlicher und schärfer ihre Kritik sein und je mehr die Partei verstehen wird, dasjenige in den Vordergrund zu rücken, was alle Gruppen des Bürgertums in der neuen Lage zu einigen vermag. Wenn nicht alle Zeichen trügen, hat das Bürgertum keinerlei Ursache, die Älteste ins Korn zu werfen. Sein Stern ist nicht im Erblaffen.